

Zum Text von Klaus Dörre: Die Gewerkschaften -progressive Akteure einer Nachhaltigkeitsrevolution?

Kernthese von Dörre ist, dass die Gewerkschaften zum progressiven Akteur der Nachhaltigkeitsrevolution werden können, da sie die soziale Seite dieser Transformation mehr im Blick haben und mehr beeinflussen können. Das Ziel der Nachhaltigkeits-Revolution benennt er wie folgt: Den ökologischen Fußabdruck reduzieren und eine Steigerung der Lebensqualität. (S. 40)

Was schlägt er vor:

- 1) Klassische Umverteilungspolitik: Die Löhne eines Großteils der Lohnabhängigen müssen steigen, u.a. damit sie fair und umweltbewusst einkaufen können
- 2) Wirtschaftsdemokratie: Alle „relevanten Gruppen“ sollen an den Produktionsentscheidungen beteiligt werden. Wirtschafts- und Sozialräte sollen „die Umsetzung von Nachhaltigkeitszielen“ überwachen, die „Produktion langlebiger Güter“ fordern und „neue Formen eines kollektiven Selbsteigentums“ erproben, jenseits vom Gewinnmotiv als Hauptzweck. Es soll die Alternative sein zum Handeln „kleiner Managereliten“

Das erste Ziel gehört sicher zu den klassischen Aufgaben der Gewerkschaften, auch wenn ihre Kampfkraft dafür – wie Dörre selber analysiert - schwindet. Und ja: Es kann zu einer größeren Akzeptanz von Umweltpolitik und Praxis von Umweltverhalten führen, wenn die existenzielle Not reduziert ist.

Das zweite Ziel knüpft an eine beliebte Denkrichtung einer Linken nach der Abkehr von der Planwirtschaft an. Es ergeben sich aber gravierende Fragen:

- Erstens: Wie sollen alle von Produktionsentscheidungen Betroffenen (also im Prinzip die ganze Menschheit) in diesem Räten Unternehmensentscheidungen bestimmen? Allenfalls Rahmenseetzungen wären denkbar. Dies passiert heute schon in Parlamenten, in denen die angeführten Interessengruppen vertreten sind: Arbeitsschutz, ökologische Grenzwerte, Förderung ökologisch innovativer Produktionen werden dort – sofern es Mehrheiten dafür gibt - gesamtgesellschaftlich beschlossen und engen Kapitalmacht zur Bestimmung des Was und Wie der Produktion ein.
- Zweitens: Wie sollen die Arbeitnehmer (bzw. Gewerkschaften) dies auf Betriebsebene noch verbessern? Die Betriebe kämpfen auf dem Markt ums Überleben. Schon heute suchen die Manager als Markt- und Organisations-Experten – häufig auch unter Einbeziehung der Belegschaft - nach öko-innovativen Produkten. Die Begrenzung ihrer ökonomischen Handlungsfreiheit liegt in den marktlichen und regulatorischen Rahmenbedingungen. Solche Räte würden nichts wesentlich Anderes hervorbringen. Sie würden nicht für Produktionen, die ökologisch besser als die Vorgaben sind, aber dafür teurer, plädieren, wenn sie sich auf dem Markt nicht verkaufen lassen. Schon gar nicht würden sie einen Wandel zum Weniger Produzieren beschließen und das ist ihnen auch

nicht vorzuwerfen. Dies geht nur, wenn die ökonomische Existenz gesamtgesellschaftlich abgesichert ist.

Dort müssen die Gewerkschaften ansetzen: Als Lobbyisten (nicht im Hinterzimmer, sondern öffentlich als Interessenvertreter von Millionen) für gute Arbeit und ökologisch fortschrittliche Produkte Einfluss nehmen auf die Rahmengesetzgebung – im Bund und in Europa. Das ist das Wirksamste, was sie für sozial-ökologischen Fortschritt im Betrieb tun können. Hier können Sie einen stärkeren Einfluss als auf betrieblicher Ebene ausüben. Hier müssen sie auch nicht stark im Betrieb organisiert sein und brauchen keine Rücksicht auf einzelne Marktlagen zu nehmen.

Problem bei einer solchen Schwerpunktsetzung auf Rahmengesetzgebung könnte der fehlende Erfahrungsraum direkten Arbeitskampfes, d.h. fehlende gewerkschaftliche Sozialisation der Mitglieder sein. Allerdings ist nicht ausgemacht, ob Identifikation mit einer auf dieser Ebene kämpfenden Gewerkschaft weniger möglich sein sollte. Bei den Umweltverbänden etwa speist sich die Zustimmung heute größtenteils aus der Unterstützung ihrer überörtlichen Ziele und ihres lobbyistischen Eintretens dafür – neben Beratung und Unterstützung bei örtlichen Konflikten.

Diese überbetriebliche Interessenvertretung darf sich jedoch nicht nur auf das Notwendige (Arbeit fairer und die Produkte ökologischer machen) beziehen. Interessenvertretende Organisationen beziehen ihre legitimatorischen Kraftressourcen aus ihrer spezifischen Utopie jenseits von Tagespolitiken. In der organisierten Arbeiterbewegung war dies früher mehr oder wenig die Hoffnung auf Sozialismus, in dem die Arbeiter selbst eine – sozial und ökonomisch - gehobene Rolle spielen würden. Was wäre diese kraftspendende Perspektive für Arbeitnehmer heute? Eher nicht die aufklärerisch-theoretische Einsicht, dass es global gerecht zugehen sollte. Das ist eher etwas für Intellektuelle, die emotional unter ungerechten Weltverhältnissen leiden.

Dörre spricht es kurz an, ohne darauf weiter aufzubauen: „Lackmustest“ der sozial-ökologischen Transformation ist eine „Steigerung der Lebensqualität“. Sinnvollere Produkte produzieren und höhere Löhne bekommen, um sinnvollere Produkte kaufen zu können: Das ist richtig, taugt aber alleine kaum für eine Perspektive gesteigerter Lebensqualität.

Wie wäre es zB mit:

- Kurze Vollzeit für alle: Vati (und Mami) gehören nicht nur Sonnabends mir..
- (Arbeits-)leben ohne (ökonomische) Existenzangst (ob durch geldliches Grundeinkommen oder open access zu allen Grundgütern), d.h. reale Entfaltungsfreiheit für mich als Arbeitnehmer (nicht nur formale).

Damit würden die Gewerkschaften möglicherweise auch an die „Stärkung der Organisationsmacht“ im „Gefolge der 68er Bewegungen“ anknüpfen können (S.46). Die progressiven Orientierungen auch der Arbeitnehmerschaft damals waren geprägt von einer Idee des Ausbruchs aus einengenden, herrschaftlichen Verhältnissen in Familie, Schule, Gesellschaft, Betrieb. Eine konkrete Utopie von Gewerkschaften muss an eine Perspektive

persönlicher Befreiung anknüpfen.

Und nicht zuletzt: Ökologisch und antikapitalistisch wären Forderungen für die Ermöglichung des „Weniger“, nicht nur des „Anders“ des Produzierens allemal.. (Ulrich)

Stellungnahme zu

Klaus Dörre: Die Gewerkschaften – progressive Akteure einer Nachhaltigkeitsrevolution?

1. Dörres Analyse

Ausgangspunkt ist die historisch neuartige ökologisch-ökonomische Zangenkrise. Darunter werden drei wichtige Entwicklungen zusammengefasst: das Ende permanenten, raschen Wachstums in den kapitalistischen Zentren; die zunehmend ungleiche Verteilung des erzeugten Mehrprodukts sowie strukturelle Störungen des Gesellschafts-Natur-Metabolismus. Es geht nicht nur um eine große Krise der Kapitalakkumulation sondern darum, dass Wirtschaftswachstum auf der bisherigen Grundlage der Ressourcenausbeutung katastrophale Folgen hat.

Die Konsequenz ist eine dramatische Transformation, die mit der industriellen Revolution vergleichbar ist. Künftig sind ökologische und soziale Nachhaltigkeitsziele daher der Lackmestest für alle Konzeptionen und Gesellschaftsentwürfe, d.h. einerseits Verringerung des ökologischen Fußabdrucks und andererseits Steigerung der Lebensqualität (siehe UNO: Sustainable Development Goals/SDGs). Für die Gewerkschaften hieße das, dass sie über eine bloße Verteidigung unmittelbarer sozioökonomischer Interessen von Lohnabhängigen hinauszugehen und sich wieder stärker als soziale Bewegung verstehen müssten.

2. Fragen zu der erforderlichen Nachhaltigkeitsrevolution:

- Wie kommen verbindliche Ziele für gewerkschaftliche Nachhaltigkeitspolitik zustande, da offensichtlich zumindest kurzfristig Konflikte zwischen sozialen und ökologischen Nachhaltigkeitszielen bestehen können?
- In welchem Verhältnis stehen Careberufe (Pflege, Erziehung, Therapieberufe etc.), „die für eine sozialökologische Transformation von zentraler Bedeutung sind“ (s. Fn.14) und Schlüsselbranchen der Industrie-(Braunkohle Automobilwirtschaft), in denen die Konfliktdynamiken eskalieren?
- Wie soll man sich „koordinierte Politikansätze“ zwischen Umweltbewegung und Gewerkschaften vorstellen?
- Für den Stoffwechsel mit der Natur ist die Auseinandersetzung darüber „was“ und „wie“ produziert wird unumgänglich. Welche Rolle kommt dabei kurzfristig der betrieblichen bzw. staatlichen Ebene zu? Wie sieht die langfristige Perspektive aus, Stichwort Wirtschaftsdemokratie.
- Ist die Nachhaltigkeitsrevolution verbunden mit einer antikapitalistischen Perspektive? z.B. mit der Auseinandersetzung um Eigentumsformen?

3. **These:** Die realen Kräfteverhältnisse können nur durch konkrete Mobilisierungsarbeit auf der Grundlage klarer bündnisfähiger Ziele und konkreter Forderungen beeinflusst werden. Wie sehen die inhaltlichen Forderungen aus, auf die sich Umwelt und Gewerkschaftsbewegung einigen könnten?
- Der sozialen Ungleichheit kommt eine entscheidende Bedeutung sowohl im Rahmen der internationalen und nationalen Klassenbeziehungen als auch im Hinblick auf die Größe des ökologischen Fußabdrucks zu. Operationalisierungsmöglichkeit? (Birgit)

Stellungnahme zu:

Die Gewerkschaften – progressive Akteure einer Nachhaltigkeitsrevolution ?

Es geht nicht um die Frage, was alles zur Bewältigung der Umweltproblematik getan werden sollte. Die Frage ist, was Gewerkschaften mit ihren besonderen Interessen tun könnten. Am Thema vorbei geht z. B. die Erwägung, Gewerkschaftler in Betriebsräten von einer grünen Produktionspolitik zu überzeugen. Oder die Demokratisierung „der Wirtschaft“ in der Hoffnung anzustreben, dies werde die Herstellung grüner Produkte erleichtern. Warum sollten Gewerkschaftler das wollen? Wahrscheinlich wollen wir alle dergleichen. Das spezifische gewerkschaftliche Interesse erkenne ich hier nicht. Und ginge es darum, Einfluss auf die Produktion im Sinne grüner Vorstellungen zu gewinnen: Als Adressaten dieser Bemühungen kämen wohl eher als die Betriebsräte die Manager in Betracht.

Bei der Beantwortung der hier anstehenden Frage kommt es m. E. vor allem auf die Beantwortung der Frage an, ob es einen Zusammenhang gibt zwischen gewerkschaftlichen Interessen und grüner Politik – oder doch: ob es Chancen gibt, einen solchen Zusammenhang herzustellen. Und da finden sich in dem Aufsatz Dörres ein paar Ideen.

Auf den ersten Seiten erfährt man wenig davon. Erst ab Seite geht es los. Ab da entnehme ich dem Text Zusammenhangsannahmen, die im Sinne meiner Argumentation interessant sind:

- Das Umweltproblem entsteht vor allem durch den Konsum der Mitglieder der Gesellschaften der nördlichen Erdhalbkugel und in diesen Gesellschaften vor allem durch den Konsum der Wohlhabenden.
- Deswegen muss weltweit und in den jeweiligen Gesellschaften umverteilt werden.
- Gewerkschaften können dazu beitragen, indem sie
- höhere Löhne erkämpfen. Insoweit damit Umverteilung erreicht würde, müsste sich der Luxuskonsum verringern. Vor allem aber: Die Lohnabhängigen könnten sich den Konsum teurerer umweltfreundlicher Produkte leisten;
- auf die Neuverteilung der Entscheidungsmacht in Betrieben und Unternehmen dringen. Dadurch könnte die Produktion im Sinne einer umweltfreundlichen Politik beeinflusst werden. Es könnte z. B. die Herstellung von SUVs verhindert werden.

Nicht ganz verständlich ist allerdings, warum demokratisierte Leitungen von Unternehmen daran interessiert sein sollten, die SUV-Produktion einzustellen. Dörre verdirbt mit diesem Vorschlag ein wenig die Pointe seines Texts. Plausibler im Sinne seiner Argumentation wäre es wohl, den Gewerkschaften das Ziel „Wirtschaftsdemokratie“ naheulegen, weil mit ihr soziale Ungleichheit (Managergehälter) verringert werden könnte. Denn sie ist ja Dörres Annahmen zufolge eine der wesentlichen Ursachen der Umweltproblematik. (Helge)

Bullet Point zu Klaus Dörre

Helmuth, 07.02.2021

Soweit die historischen Zahlen nicht lügen, ist eine Entkopplung von Produktivität und Ressourcenverbrauch nur sehr eingeschränkt möglich. Daraus folgt, dass die Reduktion der Produktivität ein zentrales Kriterium nachhaltiger Politik sein muss. Reduktion von Produktivität kann auf zwei Weisen erfolgen: in-effizientere Technologie oder weniger Arbeitszeit mit effizienter Technologie. Erstere Lösung ist unter global kapitalistischen Bedingungen undenkbar (und unsinnig). Letztere war schon immer ein Ziel der gewerkschaftlichen Aktivität (als Arbeitszeitverkürzung). Arbeitszeitverkürzung meint entweder: mehr individuell verfügbare Arbeitszeit im Sinne besitzindividualistischen Denkens. Oder: mehr Zeit, die verbindlich als Arbeitszeit, aber nicht in der Produktion verbracht wird. Ersterer Vorschlag riskiert einen verstärkten Konsumismus z.B. durch Nebenjob und Schwarzarbeit. Der zweite Vorschlag könnte eine Forderung der Gewerkschaften auf eine neue Ebene stellen: statt Bildungsurlaub, staatlich und betrieblich organisierte Bildungszeit in den Betrieben (oder als Alternative: Care Arbeit zu Hause). Da diese Bildungszeit eine gesetzliche Regelung haben müsste (auf der Basis von „Tarifauseinandersetzungen“ wie beim Mindestlohn), wäre der Inhalt nicht den Betrieben freigestellt, sondern gesellschaftlich zu regeln: als Zeit darüber nachzudenken, wie die eigene Arbeit im Betrieb in der Struktur oder als neues Produkt ökologischer werden kann, wie die Arbeitsbedingungen humaner werden können, und wie die Arbeit der eigenen Firma kooperativer und gemeinschaftsverantwortlicher werden kann. Nachhaltigkeit als Gewerkschaftsziel heißt also unter mehreren anderen Zielen logisch gedacht: nicht finanzielle Beteiligung an Produktivitätsgewinnen, sondern relative Senkung des Anteils der wöchentlichen Arbeitszeit, die direkt in der Produktion verbracht werden muss, relative Erhöhung des Anteils der wöchentlichen Arbeitszeit, die für die individuelle Vergegenwärtigung des Standpunkts aller eingesetzt wird (was eine unmittelbare Korrektur der kapitalistischen Form der Vergesellschaftung wäre).

Die Richtungsänderung muss mit einer Stärkung der Gewerkschaften verbunden werden

Gegenwärtig geht der Trend zum Rausschmiss der Gewerkschaften aus den Betrieben. Dörre weist darauf hin, dass nur noch 18 Prozent der Lohnabhängigen in Deutschland gewerkschaftlich organisiert sind und dass 2017 43 Prozent der Beschäftigten in westdeutschen Bundesländern und 56 Prozent im Osten in Betrieben ohne Tarifbindung arbeiteten. „Industrieverbände ermöglichen Unternehmen eine Mitgliedschaft ohne Tarifbindung.“ Wozu das führen kann, kann man in den Bereichen besichtigen, wo es kaum Gewerkschaftsmitglieder gibt, z. B. in Gastro, Pflege...: Wildwest bei den Arbeitsverträgen, bis hin zu Schwarzarbeit und Scheinselbständigkeit, Mindestlohn oder darunter (durch viel Teilzeit) sind häufiger als anderswo. Der Chef kann teilweise wie ein kleiner Diktator auftreten, wer aufmüpft, riskiert, isoliert oder sogar gefeuert zu werden. Das Problem fängt schon bei den "einfachsten" Grundrechten an. *Report Mainz*: "Bei Versuchen einen Betriebsrat neu zu installieren, ist der Arbeitgeber in knapp einem Drittel der Fälle erfolgreich. Erfolg heißt hier, die Wahl findet nicht statt."

Dass in solch einem Klima Lohnabhängige in den Kernbereich der Geschäftsführung eingreifen – das kann ich mir nur in einem Betrieb mit voll entwickelter "Gegenmacht" vorstellen, d. h. Betriebsrat, hoher Organisationsgrad, starke Betriebsgruppe, Streikfähigkeit mit einer Mehrheit der Beschäftigten und eine entwickelte Debatten- und Fortbildungskultur in der Betriebsgruppe.

Ja, Gewerkschaften müssen anfangen, ökologische Zielsetzungen anzustreben. Doch eine solche Richtungsänderung bedeutet nicht, dass Gewerkschaften dadurch ermächtigt werden, diese Ziele auch durchzusetzen. Mehr Gegenmacht muss aufgebaut und mehr Betriebe müssen in Tarifvereinbarungen einbezogen werden. Der Trend muss umgekehrt und gewerkschaftlicher Widerstand zu einer erfolgversprechenden Alternative werden.

Wie kann die/der Lohnabhängige besser zum Widerstand ermächtigt werden, in einer Zeit, in der sich das Kräfteverhältnis von Lohnabhängigen und Betrieb immer mehr zu Ungunsten der Beschäftigten verändert? Wie kann gewerkschaftliche Arbeit in den Betrieben gestärkt und der Trend zur Loslösung aus der Tarifbindung umgekehrt werden? Wie kann die „neue Arbeiterklasse“ für Gewerkschaften gewonnen werden? Diese Fragen müssen gleichzeitig mit einer Umdefinierung von gewerkschaftlichen Zielsetzungen angegangen werden.

Wenn es so weitergeht wie bisher, werden Gewerkschaften bald nur noch in einigen wenigen Großbetrieben die Kraft haben, andere Arbeitszeitregelungen durchzusetzen oder Investitionsentscheidungen zu beeinflussen. (Achim)

Anmerkungen eines Zuhörers

Mit dem Beitrag hebe ich auf einen in der Diskussion des Textes von Dörre kaum erwähnten Aspekt ab, der, wenn man sich denn auf diesen Text einlässt, nach meinem

Dafürhalten nicht übersehen werden sollte. Mein Beitrag ist insofern als Ergänzung der Diskussion zu verstehen, nicht als Kritik an den diskutierten Punkten.

„Unter den Bedingungen einer ökonomisch-ökologischen Zangenkrise, so meine These, können die Gewerkschaften eine progressive gesellschaftliche Rolle nur spielen, wenn sie sich zu Protagonisten einer Nachhaltigkeitsrevolution entwickeln. Ihre besondere Aufgabe besteht darin, ökologische Nachhaltigkeit durch einen Kampf auch und gerade für soziale Nachhaltigkeit zu befördern oder überhaupt erst möglich zu machen.“, so heißt es auf S. 39 des Aufsatzes bei Dörre. Dieser Ausgangspunkt wurde in der Diskussion von niemandem in Frage gestellt, genauso wie die von ihm beschriebene „Zangenkrise“. Dörre fordert (S. 44) eine „*transformierende Interessenpolitik*“ der Gewerkschaften, statt reinen Lohnpolitik für die Facharbeiterschaft. Seine Frage ist, ob die Gewerkschaften konservierend oder transformativ wirken (können)? Traut man ihnen nur eine konservierende Kraft zu, kann die gewerkschaftsbezogene Diskussion an dieser Stelle beendet werden. Traut man den Gewerkschaften hingegen eine transformative Funktion zu, geht es um die Frage, welche Schritte zur Erfüllung dieser Funktion notwendig sind. Und hier nennt Dörre als ersten Punkt die **Aufklärung**. *„Erstens sollten sich die Gewerkschaften in ihren Organisationsbereichen an einer neuen Aufklärung beteiligen, die – ohne in apokalyptische Klagen zu verfallen – die Notwendigkeit einer Nachhaltigkeitsrevolution offensiv begründet. Dabei ist es wichtig, dass gewerkschaftliche Interessenpolitik die von Umweltverbänden und Klimaaktivisten häufig unterschätzte soziale Dimension des ökologischen Gesellschaftskonflikts stärker ins gesellschaftliche Bewusstsein rückt.“* (S. 44) Deshalb stellen sich, will man nicht in der internen Diskussion um Zielforderungen stecken bleiben, doch mindestens folgende Fragen: Wie kann Aufklärung heute funktionieren? Welche Rolle können dabei die Prozesse von Partizipation spielen? Wie können z.B. Räte in der aktuellen Situation so gestaltet werden, dass erstens sie keine geschlossenen Runden von Verbandsvertretungen, Parteien und Firmenleitungen sind und zweitens die Beteiligten durch tatsächlichen Einfluss ihr Engagement in den Räten auch als Selbstaufklärung sehen können? Welche gesellschaftlichen Bereiche sind es aktuell, in denen Formen von Aufklärung eine Chance haben? Sind es derzeit überhaupt die Betriebe? (Rainer)